

Abg. P.R. Müller erläuterte, dass die SPD-Kreistagsfraktion in dem Antrag vom 31.03.2006 einen Vorschlag unterbreitet habe, um einen Ausweg aus der verfahrenen Situation zu ermöglichen. Er sei nicht als Vorwurf gegenüber den Beteiligten zu verstehen. Man befinde sich in einer Sackgasse und sehe momentan keine anderen objektiven Möglichkeiten, um die BRS arbeitsfähig zu machen und zu einem Erfolg zu führen.

Abg. Bausch verwies auf den Grundlagenvertrag und erachtete es für angebracht, wenn die Stadt Troisdorf/TroiKomm ein entsprechendes Signal setzen würde. Es werde sicher von allen Anwesenden gewünscht, wenn ein gemeinsames Vorgehen im Sinne des Grundlagenvertrages langfristig möglich wäre. Die CDU-Kreistagsfraktion bezweifle jedoch die Wirksamkeit der von der SPD-Kreistagsfraktion beantragten Methode, die ferner mit nicht unerheblichen Kosten verbunden sei. Der Vertragspartner, der in der Vergangenheit nicht zu den Regelungen des Grundlagenvertrages gestanden habe, müsse umschwenken. Ungeachtet dessen lehne die Rhein Energie die im vergangenen Jahr beabsichtigte Transaktion mit Troisdorf nach seiner Information zwischenzeitlich ab. Wenn dem so sei, sei es nur eine Frage der Zeit, bis dass sich die TroiKomm wieder der ursprünglichen Zielsetzung zuwenden werde. Die CDU-Kreistagsfraktion sei bereit, die TroiKomm wieder als Partner aufzunehmen und eine Brücke zu bauen, wenngleich die Geduld äußerst strapaziert worden sei.

Der Landrat erinnerte daran, dass die derzeitige Problematik dadurch aufgetreten sei, dass die Stadt Troisdorf/TroiKomm Ziele verfolgt habe, die den Vereinbarungen entsprechend des Grundlagenvertrages widersprochen hätten. Dadurch sei eine unterschiedliche Interessenslage aufgetreten, die zum Teil auch rechtlich ausgetragen worden sei. Ein Mediationsverfahren sei nicht zur Klärung unterschiedlicher rechtlicher Standpunkte geeignet. Diese Situation habe sich nunmehr, da die Rhein Energie definitiv das Eckpunktepapier der TroiKomm ablehne, geändert. Daher könne man hoffen und an die Stadt appellieren, dass sie sich neu orientiere und entweder ihre energiewirtschaftliche Selbständigkeit beibehalte oder sich entscheide, gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis die ursprünglich vereinbarten Ziele zu verwirklichen.

Abg. P.R. Müller führte weiter aus, dass er es aufgrund seiner bisherigen Erfahrungen als Mitglied der Gesellschafterversammlung und stellv. Mitglied des Verwaltungsrates der BRS für sinnvoll erachte, dass ein Mediator die Vertreter der Gebietskörperschaften an einen Tisch hole und vermittelnd tätig werde. Dies könne bei der schwierigen und verfahrenen Situation zu einer Entschärfung führen.

Abg. Hartmann erläuterte, dass man sich auf den Grundlagenvertrag, wie durch den Abg. Bausch ausgeführt, konzentrieren müsse. Dies sei insbesondere auch jetzt, da sich die Rhein Energie positioniert habe, am ehesten durch eine übereinstimmende Grundhaltung der Partner zu erreichen. Der Rhein-Sieg-Kreis bestehe aus 19 kreisangehörigen Städten und Gemeinden; es sei wichtig, dass dieser einheitliche Raum einschließlich der größten kreisangehörigen Stadt repräsentiert werde. Etwas anderes käme einem Rückschlag gleich. Es müsse verdeutlicht werden, dass die gemeinsame Zielrichtung überwiege und die aufgetretenen Differenzen nur eine nachrangige Bedeutung hätten. Die verschiedenen aufgetretenen Probleme, wie bei der Bestellung eines Geschäftsführers, Fragen zum Protokoll und zum Sitzungsverlauf, seien nicht für eine gerichtliche Auseinandersetzung geeignet. Das Mediationsverfahren könne dazu beitragen, dass ein langwieriger Prozess und eine gerichtliche Auseinandersetzung um Marginalien beendet werden.

Abg. Hurnik erläuterte, dass die CDU-Kreistagsfraktion die Tür weit geöffnet lasse, um zu ermöglichen, dass derjenige, der hinausgegangen sei, auch wieder hineinkommen könne. Der Grundlagenvertrag als Zielsetzung liege vor. Die Stadt Troisdorf/TroiKomm sei eingeladen, um den dort beschriebenen Weg zugunsten aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden wieder gemeinsam aufzunehmen und zu gehen.

Der Landrat stimmte den Ausführungen des Abg. Hurnik zu und schlug vor, der TroiKomm mitzuteilen, dass der Rhein-Sieg-Kreis nach wie vor zu dem Inhalt des Grundlagenvertrages stehe und bereit sei, sie einzuladen, um die energiewirtschaftlichen Ziele wieder gemeinsam zu verfolgen. Sofern dieser Weg durch einen Dritten unterstützt werde, ohne bereits heute

das Verfahren und die Kosten festzulegen, sei er bereit, diese Hilfe anzunehmen. Die Einschaltung eines Mediators sei aber nicht sinnvoll.

Abg. Hartmann bestätigte für die SPD-Kreistagsfraktion die vom Landrat genannte Zielrichtung. Sie erachte es hingegen für sinnvoll, hierbei eine unabhängige Person einzuschalten, um den gewünschten Konsens herstellen zu können.

Abg. Heuel erinnerte daran, dass er an alle Fraktionen im Rat der Stadt Troisdorf appelliert habe, wieder zu den ursprünglichen Vereinbarungen zurückzukehren. Er habe den Eindruck, auch aufgrund verschiedener Presseberichte, dass es vorrangig sei, zunächst innerhalb des Rates der Stadt Troisdorf zu vermitteln. Vielleicht könne Abg. Tüttenberg innerhalb der SPD-Stadtratsfraktion verdeutlichen, dass der beschrittene Weg nicht der richtige gewesen sei. Dies habe Priorität, statt erhebliche Mittel für den Einsatz eines Mediators aufzubringen. Daher solle man sich zunächst auf die eigenen Reihen konzentrieren.

Abg. Bausch ergänzte, dass der Hinweis des Landrates bezüglich der Entscheidung der Rhein Energie von großer Bedeutung sei. Jetzt müsse sich die TroiKomm entscheiden. Er könne sich vorstellen, dass sie sich gesichtswahrend den Zielen des Grundlagenvertrages wieder zuwenden werde. Vielleicht sei noch etwas Geduld notwendig, bevor dieser Schritt möglich sei. Den Einsatz eines Mediators gerade in der jetzigen Phase lehne er ab, da diese Entscheidung aufkotroyiert wirke. Außerdem sei er der Auffassung, dass diese Frage in der Gesellschafterversammlung der BRS diskutiert und gegebenenfalls entschieden werden müsse.

Abg. Finke führte zu dem letzten Wortbeitrag des Abg. Heuel aus, dass sich die einheitliche Vorgehensweise auch auf die hier vorzufindenden eigenen Reihen beziehen müsse. Daher solle man sich heute festlegen und die Mehrheit im Rat der Stadt Troisdorf bitten, sich entsprechend der derzeitigen Entwicklung zu verhalten und auf den Rhein-Sieg-Kreis zuzugehen. Sowohl der Rhein-Sieg-Kreis als auch die Stadt Troisdorf/TroiKomm befinde sich in einer misslichen Situation. Die Mehrheit in unseren Reihen müsse eine Bewegung in dieser verfahrenen Situation initiieren.

Der Landrat stellte das Einvernehmen der Mitglieder des Kreisausschusses fest, dass der Rhein-Sieg-Kreis nach wie vor zu den ursprünglichen Vereinbarungen steht. Der Rhein-Sieg-Kreis werde an die Stadt und an die TroiKomm appellieren, um wieder zu einer gemeinsamen Linie zurückzufinden. Er stellte ferner fest, dass der Einsatz eines Mediators nicht von allen Fraktionen befürwortet werde. Vielmehr sei den Beiträgen zu entnehmen, dass in dieser Hinsicht die Stadt Troisdorf bzw. die TroiKomm initiativ werden müsse. Der hierzu vorliegende Antrag der SPD-Stadtratsfraktion sei jedoch in der letzten Sitzung des Rates der Stadt Troisdorf abgelehnt worden.

Abg. Köhler erläuterte, dass die GRÜNE-Kreistagsfraktion den Vorschlag des Landrates unterstütze und die vorgeschlagene Vorgehensweise auch für ausreichend und geeignet betrachte, um fortzusetzen, was man begonnen habe, gleichzeitig wissend um die Möglichkeit, bei Bedarf gegebenenfalls einen Vermittler einzuschalten.

Der Landrat stellte sodann den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.03.2006 zur Abstimmung.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss lehnt den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.03.2006 ab.**
175/06

Abst.- **MB ./ SPD**
Erg.:

Der Landrat stimmte mit Enthaltung.

Der Landrat stellte abschließend das Einvernehmen fest, entsprechend seinem Vorschlag vorzugehen.

